

Informationen aus dem
L a n d t a g

**GRÜN.
KOMMT**

**Halbzeit
bei Schwarz-Gelb
Wir ziehen Bilanz**



Liebe Freundinnen und Freunde,
2019 – was für ein Jahr!
Mit Rekordtemperaturen über 40 Grad und extremer Trockenheit spürte Deutschland hautnah die Folgen des Klimawandels. Eine junge Frau aus Schweden gründet mit *Fridays for Future* eine weltweite Bewegung für wirksamere

Klimaschutz und liest der Politik mächtig die Leviten.

Am 20. September erreichten die Proteste mit 1,4 Millionen Menschen, die sich deutschlandweit an Demonstrationen beteiligten, ihren vorläufigen Höhepunkt. Am selben Tag verständigte sich die Bundesregierung auf ein Klimapakete, mit dem die Klimaziele von Paris nicht erreicht werden können. Um den Kohleausstieg gibt es über Monate hinweg ein unwürdiges Gezerre, trotz eindeutiger Empfehlungen der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“. Der Ausbau der Erneuerbaren Energien wird sowohl in Berlin als auch von der schwarz-gelben Landesregierung massiv behindert statt gefördert.

Besonders hart trifft dies die Windenergiebranche. Um die notwendigen Ausbauziele zu erreichen, müsste sich in NRW bis 2030 der Windenergieanteil verdoppeln. Mit der 1.500 Meter Abstandsregelung im Landesentwicklungsplan ist das nicht zu erreichen.

Mit diesem Plan werden darüber hinaus Umweltstandards abgebaut, der Nationalpark Senne gestrichen, übermäßiger Kiesabbau ermöglicht und Massentierhaltung erleichtert.

So klafft zwischen Reden und Handeln bei den Regierenden im Bund wie im Land eine Riesenslücke, auf Kosten von Klima und Wirtschaft.

Wir stellen in diesem Heft unsere Antworten auf die Herausforderungen der Zukunft vor und ziehen eine Halbzeitbilanz der Legislaturperiode.

Monika Düker und Arndt Klocke
Fraktionsvorsitzende

Monika Düker *Arndt Klocke*

EDITORIAL

Inhalt

Editorial	2
Fahrradverkehrsgesetz	3
Klimapakete	3
Halbzeitbilanz	4
Haushalt 2020	6
Kinderschutzkommission	6
Antisemitismus	7
Wald im Stress	7

FAHRRADGESETZ NRW

FAHRRAD FOR FUTURE



Die Volksinitiative *Aufbruch Fahrrad* ist eine Erfolgsgeschichte. Über 200.000 Menschen haben mit ihrer Unterschrift die Forderung an den Landtag adressiert, in NRW endlich ein Fahrradgesetz zu verabschieden, wie es etwa in Berlin schon eines gibt. Damit sollen Maßnahmen zur Förderung der Fahrradmobilität verbindlich gesetzlich verankert werden. Denn viele Wege sind nur kurz und wären bei sicherer und attraktiver Infrastruktur für viele Menschen besser mit dem Fahrrad zu erledigen. Im Vergleich mit ebenso notwendigen, aber deutlich aufwändigeren ÖPNV-Projekten könnten Maßnahmen für den Radverkehr schnell und preiswert realisiert werden. Das wäre auch ein erheblicher Beitrag für bessere Luft, Klimaschutz und Lebensqualität vor allem in den Städten.

Der Anteil des Radverkehrs am Gesamtverkehr in NRW sollte deshalb laut *Aufbruch Fahrrad* von derzeit 8 auf 25 Prozent im Jahr 2025 gesteigert werden. Dazu braucht es einen massiven Ausbau der Infrastruktur, zum Beispiel durch ein 1.000 Kilometer langes Radschnellwegenetz, viele Fahrradstraßen in den Kommunen und eine andere Verteilung von Flächen, die bislang dem Autoverkehr vorbehalten sind. Dabei spielt besonders die Erhöhung der Verkehrssicherheit für Radfahrer*innen eine entscheidende Rolle. Denn noch viel mehr Menschen als bisher schon würden auf das Rad umsteigen, wenn sie sich im Straßenverkehr sicherer fühlen könnten.

Wir GRÜNE begrüßen diese Initiative ausdrücklich und freuen uns über ihre breite zivilgesellschaftliche Unterstützung. Überraschend haben jetzt auch die Regierungsfractionen von CDU und FDP – bisher nicht als Kämpfer*innen für die deutliche Steigerung des Radverkehrs bekannt – ihre Unterstützung angekündigt. Eckpunkte für ein Fahrradgesetz haben wir GRÜNE bereits im Mai entwickelt. In einer Ideenwerkstatt Anfang 2020 wollen wir diese mit Verkehrsexpert*innen, Vertreter*innen der Initiative und Interessierten diskutieren und werden uns auch am Gesetzgebungsverfahren konstruktiv beteiligen, um die Stärkung des Radverkehrs weiter voranzutreiben. Denn der Ausbau der Radverkehrsinfrastruktur ist ein Schlüssel zur dringend notwendigen Mobilitätswende in NRW.
Arndt.Klocke@landtag.nrw.de, Sprecher für Verkehrspolitik
Johannes.Remmel@landtag.nrw.de, Sprecher für Stadtentwicklung

KLIMASCHUTZ IN DEN KOMMUNEN

KEIN KLIMASCHUTZ NACH KASSENLAGE



Ohne Klimapolitisches Engagement und Investitionen in den Kommunen kann Deutschland seine CO₂-Einsparziele nicht erreichen. Vielerorts fehlen aber die Mittel, um Verkehrswende, energetische Gebäudesanierungen, erneuerbare Energien oder den Umgang mit Extremwetterereignissen strategisch anzugehen und zu finanzieren. Wir fordern, die Verbindlichkeit von kommunalem Klimaschutz und Klimafolgenanpassung zu erhöhen und diese verlässlich zu fördern. Es darf keinen Klimaschutz nach Kassenlage geben. Die Grüne Landtagsfraktion hat daher ein umfassendes Maßnahmenpaket beschlossen, mit dem wir mehr Unterstützung für die Kommunen erreichen wollen. Wir fordern unter anderem, dass die Landesregierung ein ambitioniertes und langfristiges Investitionsprogramm „Gutes Klima 2030“ auflegt und den Kommunen die notwendigen Mittel für Klimaschutz-Investitionen in die kommunale Infrastruktur zur Verfügung stellt. Wir wollen, dass die NRW-Bank diesen Investitionspakt abwickelt und den Städten und Gemeinden in NRW bis 2030 Kredite in Höhe von fünf Milliarden Euro für Investitionen in Klimaschutz gewährt. Die Tilgung soll aus dem Landeshaushalt, die Verteilung orientiert nach den Kriterien des kommunalen Finanzausgleichs erfolgen.

Das Engagement für Klimaschutz und Klimafolgenanpassung muss zudem vor Ort fachbereichsübergreifend institutionalisiert werden. Daher fordern wir, dass das Land kommunales Personal für Klimaschutz und Klimaanpassung dauerhaft fördert. Derzeit werden beispielsweise Klimaschutzmanager*innen aufgrund der Fördersystematik des Programms des Bundes häufig nur befristet angestellt. Darüber hinaus sollen alle Kreise und Kommunen bis Ende 2022 entsprechende Konzepte für Klimaschutz- und Klimafolgenanpassungen erstellen und dafür finanzielle Mittel vom Land erhalten. So soll auch ermittelt werden, wo Infrastruktur und Immobilien anfällig für Extremwetterereignisse sind. Kommunen, die alles getan haben, um sich gegen entsprechende Schäden zu wappnen, sollen im Notfall zusätzlich durch einen Unwetterfonds unterstützt werden.

Wibke.Brems@landtag.nrw.de,
 Sprecherin für Energie und Klimaschutz

HALBZEIT BEI SCHWARZ-GELB ZEIT FÜR GRÜN - NRW BRAUCHT WIEDER MUTIGE, EHRliche UND GLAUBWÜRDIGE POLITIK!

Zweieinhalb Jahre sind vergangen, seit die Bürger*innen in Nordrhein-Westfalen eine schwarz-gelbe Mehrheit in den Landtag wählten und wir GRÜNE eine herbe Niederlage einstecken mussten. Seitdem arbeiten wir aus der Opposition als starke Grüne Stimme für Klima, Gerechtigkeit und Demokratie und gegen die halbherzige und rückwärtsgewandte Politik von Armin Laschet und seiner Landesregierung.

HALBZEIT

Und so haben wir - gemeinsam mit breiten Bürgerbewegungen - den Einstieg in den Ausstieg aus der Braunkohle erkämpft, das Sozialticket gerettet und den Erhalt des Hambacher Waldes ermöglicht.

Für uns ist die Halbzeit der Wahlperiode rund ein Jahr vor der Kommunalwahl aber auch ein guter Zeitpunkt, um eine Zwischenbilanz von Schwarz-Gelb zu ziehen:

CDU und FDP starteten mit großspurigen Ankündigungen. Sie wollten den „Wirtschaftsriesen NRW entfesseln“, versprachen „weltbeste Bildung und weniger Stau“ und wollten öffentliche Schulden tilgen. Nach der Hälfte der Wahlperiode ist das Land von alledem weit entfernt: Die Wirtschaft in NRW wächst langsamer als im Bundesschnitt und die Regierung hat immer noch kein Konzept entwickelt, um die hochverschuldeten Städte und Gemeinden von ihren Altschulden zu befreien. Die Lehrkräfte an Grundschulen werden trotz gleichwertiger Ausbildung noch immer schlechter bezahlt als ihre Kolleg*innen in der Sekundarstufe II. Diese massive Lücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit versucht Ministerpräsident Laschet mit fragwürdigem Eigenlob zu kompensieren. Trotz seiner allenfalls mäßigen Bilanz erklärte er im August 2019, die NRW-Landesregierung sei „die beste, die es gibt“.

Die Anti-Öko-Koalition bei der Arbeit

Kaum in der Regierung, strichen Laschet und sein Kabinett Umwelt- und Verbraucherschutzstandards. Die Massentierhaltung wurde erleichtert, der Flächenfraß vergrößert und die Hygiene-Ampel abgeschafft. Erst aufgrund des gesellschaftlich breit getragenen Protests gegen die Rodung des Hambacher Waldes und des

weltweiten Erstarkens der Umwelt- und Klimaschutzbewegung vollzog Ministerpräsident Laschet im Sommer 2019 eine taktisch motivierte, rein rhetorische Kehrtwende. Gleichzeitig sieht seine praktische Politik ganz anders aus: Schwarz-Gelb erschwerte mit dem neuen Landesentwicklungsplan den Bau von Windenergieanlagen und strich den Nationalpark Senne. Ministerpräsident Laschet und Energieminister Pinkwart bekennen sich zwar wortreich zum Kohlekompromiss, sabotieren ihn aber mit ihrer Politik. Die Regierung reduziert die Flächen für Erneuerbare, statt den Ausbau zu erleichtern. NRW braucht eine Landesregierung, die jetzt Investitionen in Erneuerbare Energien erleichtert und Planungssicherheit schafft, statt Investor*innen abzuschrecken und Arbeitsplätze zu gefährden.

Schwarz-Gelb und der Rechtsstaat: Ein gestörtes Verhältnis

Mehr als einmal offenbarte die Landesregierung ein gestörtes Verhältnis zum Rechtsstaat. Als das Bundesverwaltungsgericht im Februar 2018 Fahrverbote für prinzipiell zulässig erklärte, widersprach der Ministerpräsident in Gutsherrenmanier dem Gericht: Fahrverbote seien per se unverhältnismäßig und damit rechtswidrig. Das Oberverwaltungsgericht NRW (OVG) aber entschied, Köln und Aachen müssten Fahrverbote in ihre Luftreinhaltepläne aufnehmen.

In der Debatte um die Abschiebung des Gefährders Sami A. übte das OVG empfindliche Kritik am Vorgehen von Laschets Stellvertreter, Flüchtlingsminister Stamp. Dieser hatte das Verwaltungsgericht Gelsenkirchen bewusst getäuscht, um eine Abschiebung zu ermöglichen. Das OVG attestierte Stamp daraufhin „offen-



Bilanzpressekonferenz mit der Fraktionsvorsitzenden Monika Düker

sichtlich rechtswidriges“ Verhalten. Der Fall Sami A. hat tiefe Zweifel am Rechtsstaatsverständnis mehrerer Kabinettsmitglieder aufkommen lassen.

Vertrauen verspielt

Laschets erste Landwirtschaftsministerin geriet im Frühjahr 2018 politisch unter Druck, nachdem sie die Stabsstelle Umweltkriminalität aufgelöst hatte, die zu vermuteten Tierschutzverletzungen auf dem Hof ihres Ehemanns recherchierte. Die Staatskanzlei von Ministerpräsident Laschet nutzte dann einen vermeintlichen Hacker-Angriff, um die Ministerin medienwirksam als Opfer zu inszenieren. Obwohl wenige Tage später klar war, dass es diesen Hacker-Angriff nie gegeben hatte, ließ die Staatskanzlei Öffentlichkeit und Parlament wochenlang an das Märchen glauben und beendete dieses unsägliche Schmierentheater nicht.

Parlament und Bürger*innen müssen sich aber darauf verlassen können, dass alles, was die Regierung sagt, den Tatsachen entspricht.

Laschet und der Hambacher Wald: Spalter statt Versöhner

Nur wenige Wochen später – in der Debatte um die Räumung des Hambacher Waldes – täuschte die Landesregierung Parlament und Öffentlichkeit bewusst erneut. Wochenlang suchte vor allem Innenminister Reul fieberhaft nach einem Vorwand für die Räumung. Am Ende fand die Regierung das Baurecht und argumentierte mit mangelndem Brandschutz in den Baumhäusern. Öffentlich wurde lange bestritten, dass die Räumung des Waldes etwas mit den Rodungsplänen von RWE zu tun hatte. Mittlerweile

ist klar: Die schwarz-gelbe Landesregierung hat sich im Sommer 2018 zum Handlanger eines Unternehmens gemacht und die NRW-Polizei in den größten und unsinnigsten Polizeieinsatz in der Geschichte des Landes geführt.

Ein besonders schlechtes Bild gab dabei Armin Laschet ab. Als Ministerpräsident stellte er sich auf die Seite des Kohle Konzerns, obwohl in Berlin gleichzeitig die Kohlekommission über den Ausstieg aus der Kohleverstromung verhandelte. Die Rodung wurde letztlich vom Oberverwaltungsgericht aufgrund einer Klage des BUND gestoppt. Armin Laschets Politikverweigerung hatte da bereits einer breiten Bürgerbewegung Auftrieb gegeben, auf deren Druck der Erhalt des Hambacher Waldes im Abschlussbericht der Kohlekommission als wünschenswert festgehalten wurde.

NRW braucht mutige, glaubwürdige und aufrichtige Regierung

Die Halbzeitbilanz der Regierung Laschet ist ernüchternd bis erschreckend. Schwarz-Gelb scheitert an den eigenen Ansprüchen in der Finanz-, Umwelt- und Bildungspolitik und sabotiert das Gelingen des Kohleausstiegs sowie das Erreichen der Klimaziele. Gerade aufgrund der Herausforderungen unserer Zeit – Klimakrise, Strukturwandel, Chancengerechtigkeit – braucht NRW eine mutige, glaubwürdige und aufrichtige Regierung, die sich nicht vor schwierigen Entscheidungen drückt, sondern die Zukunft NRW aktiv gestaltet.

Monika.Dueker@landtag.nrw.de
Arndt.Klocke@landtag.nrw.de,
 Fraktionsvorsitzende

LANDESHAUSHALT 2020 BEI SCHWARZ-GELB

MUTLOS UND BELIEBIG

Die Wirtschaft wächst nicht mehr wie gewohnt, die Klimakrise erfordert dringend Investitionen. Zudem hemmt der Ausgabestau in Schulen, bei der Digitalisierung und bei der Verkehrswende unser Land. Es ist Zeit für eine Investitionsoffensive für ein zukunftsfähiges Nordrhein-Westfalen und eine Lösung der kommunalen Altschuldenfrage.

Die Landesregierung hat die ersten Jahre ihrer Amtszeit aus dem Vollen schöpfen können. Immer neue Rekordsteuereinnahmen führen dazu, dass Finanzminister Lienenkämper 2020 nach aktuellen Schätzungen etwa 10 Milliarden Euro mehr Steuern einnimmt als im letzten rot-grünen Haushalt 2017 eingeplant waren. Damit stiegen die Steuereinnahmen um 20 Prozent. Das Steuerplus entspricht 12,5 Prozent des Gesamthaushaltsvolumens in Höhe von 80 Milliarden Euro im nächsten Jahr. Das Geld wäre gut aufgehoben in Investitionen für Klimaschutz, gute Kitas und Schulen oder bezahlbaren Wohnraum für Studierende und Menschen mit geringem Einkommen. NRW braucht beherrzte Investitionen in die Digitalisierung des Landes, von Krankenhäusern über Pflege bis zur Finanzverwaltung: Überall fehlt das notwendige Geld. Dies beklagen nicht nur wir, sondern auch nahezu alle Sachverständigen in der diesjährigen Haushaltsanhörung im Landtag. Im Wahlkampf hatten CDU und FDP zudem versprochen, beherrzt einen Teil von NRWs Schuldenberg abzutragen. Ein Drittel der Steuermehreinnahmen – also bis zu 1,6 Milliarden Euro pro Jahr – wollte Laschet in die Tilgung stecken. Tatsächlich waren es aber seit 2017 weniger als 500 Millionen insgesamt – ein klarer Wortbruch.

Wir halten der ambitionlosen Haushalts- und Finanzpolitik der Landesregierung Konzepte entgegen, die die aktuelle Niedrigzinsphase nutzen und langfristigen Investitionsspielraum für die Zukunftsthemen unserer Gesellschaft sichern: Unser Konzept für einen kommunalen Altschuldenfonds, für einen Waldfonds oder unser Investitionsprogramm „Gutes Klima 2030“ zur Unterstützung der Klimaschutzmaßnahmen der Kommunen. Und angesichts des fortwährenden Investitionsstaus an Schulen muss auch das Programm „Gute Schule 2020“ weiter geführt werden. So geht Haushalt, der die Zukunft im Blick hat.

Monika.Dueker@landtag.nrw.de,
Sprecherin für Finanz- und Haushaltspolitik

NEUE KINDERSCHUTZKOMMISSION IM LANDTAG

KINDER HABEN EIN RECHT AUF SCHUTZ

Die schweren Missbrauchsfälle in Lügde haben uns erschüttert. Das Parlament hat für die Aufarbeitung des Falls einen Untersuchungsausschuss eingesetzt. Wir stehen in der Pflicht, die strukturellen Ursachen, die solch ein Behördenversagen ermöglichten, dauerhaft zu beheben. Auch die schweren Missbrauchsfälle in Wesel und Bergisch Gladbach machen deutlich, dass der Schutz der Kinder in Nordrhein-Westfalen im Vordergrund stehen muss. Wir stehen hier in der Verantwortung, das Recht der Kinder auf eine gewaltfreie Erziehung und den Schutz vor Gewalt und Ausbeutung, nach Artikel 6, Absatz 2 der Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen sicherzustellen. Hierfür müssen die Kinderschutzstrukturen in NRW deutlich gestärkt werden.

Das bedeutet, darüber zu informieren, wie junge Menschen geschützt werden können und welche Anzeichen es gibt, wenn sie Missbrauchopfer geworden sind. Die Beratungsstrukturen in diesem Land müssen ebenso wie die Begleitung der Opfer gestärkt werden. Wir müssen Akteure vernetzen, die mit Kindern zu tun haben; ferner muss die interdisziplinäre Zusammenarbeit verbessert werden. Dafür braucht es aber auch ein Gremium, das sich mit genau diesen Fragen beschäftigt. Hierfür haben wir eine parlamentarische Kinderschutzkommission in NRW eingerichtet. Diese orientiert sich am Deutschen Bundestag, der bereits im Jahr 1988 eine Kinderkommission (Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder) eingesetzt hat. Ihre Aufgabe ist es, Anwältin für die Rechte und Belange der jungen Menschen zu sein. Sie soll den Blick auf die unterschiedlichen Bereiche des Kinderschutzes und der Kindeswohlgefährdung richten. Darauf aufbauend soll die Kommission erarbeiten, was getan werden kann, damit Kinderrechte nicht verletzt werden und der Schutz der Kinder garantiert ist.

Für die Verbesserung ihrer Rechte in diesem Land ist es gut, dass ab sofort im Landtag Nordrhein-Westfalen eine „Kinderschutzkommission“ dauerhaft eingerichtet ist, weil der Schutz von Kindern und Jugendlichen eine dauerhafte Aufgabe ist.

Josefine.Paul@landtag.nrw.de,
Sprecherin für Kinder- und Jugendpolitik

ANTISEMITISMUS

JÜDISCHE PERSPEKTIVEN ANERKENNEN



NRW NEWS

Der schreckliche Anschlag auf die Synagoge in Halle/Saale hat uns alle erschüttert. Auch wenn der Täter es nicht geschafft hat, in die Synagoge einzudringen, gibt es in den jüdischen Gemeinden eine reale und nachvollziehbare Angst vor solchen Anschlügen. Die Tat, bei der zwei Menschen grausam ermordet wurden, zeigt, dass die Gefahr des Rechtsterrorismus in Deutschland sehr konkret ist. Sie wurde auch nach der Selbstenttarnung des NSU seitens der Mehrheitsgesellschaft überwiegend nicht ernst genommen. Menschen, die potenziell von Hassverbrechen betroffen sind, ist diese Gefahr jedoch stets bewusst.

Wir haben Anfang November unter dem Titel «Prävention und politische Handlungsmöglichkeiten gegen Antisemitismus» zu einem Austausch in den Landtag eingeladen. Dabei machten die Referent*innen deutlich, wie sich die jüdischen Perspektiven auf Antisemitismus von denen der Mehrheit unterscheiden. Während der Anschlag die meisten der Angehörigen der Mehrheitsgesellschaft überrascht habe, habe man sich in jüdischen Communities allenfalls gefragt, wann ein solcher Anschlag verübt werden würde. Diese unterschiedliche Auffassung existiere auch in Bezug auf alltäglich erlebten Antisemitismus. Selbst eindeutig antisemitische Vorfälle würden oft heruntergespielt oder mit Schutzbehauptungen abgewehrt. Der Forschung von Prof. Julia Bernstein zufolge hielten etwa 90 Prozent der Jüdinnen und Juden Antisemitismus für ein großes Problem in Deutschland und eine Vielzahl verzichte darauf, jüdische Symbole in der Öffentlichkeit zu tragen.

In der Podiumsdiskussion mit Dr. Inna Goudz, Sylvia Löhrmann und Dr. Sergey Lagodinsky MdEP wurde betont, dass wir jüdisches Leben in Deutschland als Normalität begreifen müssen. Man müsse demokratische Werte und eine demokratische Debatte stärken. Mit einer einzigen großen Maßnahme sei Antisemitismus jedoch nicht beizukommen, sondern man müsse an vielen Stellschrauben drehen. Das werden wir auch in Zukunft mit unseren parlamentarischen Initiativen gegen Antisemitismus und Rassismus tun.

Verena.Schaeffer@landtag.nrw.de,
Sprecherin für Innenpolitik
und Strategien gegen Rechtsextremismus

DER WALD IM STRESS

HILFE MUSS NACHHALTIG SEIN



Der Wald dient nicht nur als Lieferant des klimaneutralen Baustoffes Holz, als CO₂-Speicher leistet er einen unersetzlichen Beitrag zum Klimaschutz. Auch für den Gewässer- und Trinkwasserschutz, den Natur- und Artenschutz, zur Förderung der Biodiversität sowie als Lebens- und Erholungsraum besitzt er eine große Bedeutung. Diese Leistungen sind in Gefahr, denn der Klimawandel wirkt sich dramatisch auf das Waldökosystem aus. Die Dürre und der daraus folgende katastrophale Borkenkäferbefall der vergangenen beiden Sommer haben dem Wald massiv geschadet. In der Folge sterben ganze Baumbestände ab, dabei sind auch Baumarten betroffen, die bisher als klimastabil galten. Ein 100-Millionen-Paket soll jetzt Waldbesitzer*innen bei der Wiederaufforstung der entstandenen Kahlfelder unterstützen. Dieses Paket jedoch baut einseitig auf Ersatzpflanzungen, statt nachhaltiger eine Wiederbewaldung mit einem hohen Anteil an Naturverjüngung umzusetzen. Dies setzt allerdings eine naturverträgliche Jagd voraus, damit die jungen Bäume vom Schalenwild nicht verbissen werden. Zuschüsse sollten daher nur für eine naturnahe Dauerwaldbewirtschaftung und das dafür notwendige Wildmanagement gegeben werden.

Darüber hinaus müsste die Landesregierung auch die Waldflächen in den Blick nehmen, die Besitzer*innen aufgrund der aktuellen Situation freiwillig veräußern wollen – sei es, weil sie ihre Freude an der Waldbewirtschaftung verlieren oder die finanziellen Verluste nicht ausreichend kompensieren können. Wir fordern, dass das Land diese Flächen mit einem eigens aufgelegten Waldfonds zu einem fairen Preis ankauft, um hier eine naturnahe Bewirtschaftung sicherstellen zu können. Die erworbenen Wälder könnten anschließend teilweise auch in Form von Genossenschaften als Gemeinschaftsbesitz organisiert werden, um zukünftige Risiken breiter zu streuen und breiteren Bevölkerungsschichten Waldbesitz zu ermöglichen. Gemeinsam mit Grünland und Gewässern bildet der Wald das Rückgrat unseres Naturerbes. Daher ist er es wert, gerettet zu werden. Angesichts der neuen klimatischen Herausforderungen braucht es dafür aber auch neue Ideen und die Bereitschaft, andere Wege als bisher zu gehen.

Norwich.Ruesse@landtag.nrw.de,
Sprecher für Umwelt- und Naturschutz

ABO/DATENSCHUTZ

Mitglieder von Bündnis 90/DIE GRÜNEN in Nordrhein-Westfalen erhalten die Informationen aus dem Landtag NRW – GRÜN.KOMMT - regelmäßig zusammen mit dem Magazin der Bundespartei. Als Nicht-Mitglied haben Sie jederzeit die Möglichkeit, die GRÜN.KOMMT kostenlos zu abonnieren. Schreiben Sie uns dafür eine Nachricht per Mail oder Post. Das gilt natürlich auch für Abbestellungen – Ihre Daten werden dann vollständig gelöscht.

Als Abonnent*in haben Sie selbstverständlich ein Recht auf Auskunft, Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung (Sperrung) und Übertragbarkeit der über Sie gespeicherten Daten sowie ein Recht auf Widerspruch gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten. Ferner haben Sie das Recht, Ihre erteilte Einwilligung jederzeit zu widerrufen. Um Ihre Rechte uns gegenüber geltend zu machen, schreiben Sie bitte an datenschutz.gruene@landtag.nrw.de.

NEWSLETTER

Aktuelle Informationen erhalten Sie per E-Mail mit unserem Newsletter »Landtag aktuell«, wenn Sie sich über unsere Homepage www.gruene-fraktion-nrw.de anmelden oder uns eine E-Mail an gruene-pressestelle@landtag.nrw.de schicken. Er erscheint in jeder Plenarwoche mit einer Vorschau auf die Themen der Woche.



IMPRESSUM

Herausgeber (v.i.S.d.P):
GRÜNE Fraktion im Landtag NRW
Verena Schäffer MdL
Parlamentarische Geschäftsführerin
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Kontakt:
Tel 0211 884-2180
Fax 0211 884-2890
www.gruene-fraktion-nrw.de
gruene-pressestelle@landtag.nrw.de



GrueneFraktionNRW



@gruenefraknrw



gruene_fraktion_nrw

Redaktion:
Georg Th. Schumacher
Katharina Bons

Gestaltung:
Guido von Wiecken

Bildnachweis:
S. 1, 8: Victor@unsplash.com - S. 2,
3r, 7r: [Guido von Wiecken@GRÜNE
im Landtag](mailto:Guido von Wiecken@GRÜNE im Landtag) - S. 3l: snapwire@pexels.com - S. 5: [Katharina Bons@GRÜNE im
Landtag](mailto:Katharina Bons@GRÜNE im Landtag) - S. 6l: pixabay@pexels.com -
S. 6r: AlexasFotos@pixabay.com - S. 7l:
falco@pixabay.com

An dieser Ausgabe haben außerdem mitgewirkt: Pegah Edalatian, Robert Engell, Iren Gabriel, Hasret Karacuban, Laurens Lange, Lukas Maciejewski, Julian Schönbeck, Anna von Spiczak, Bettina Tull

November 2019

Dieses Magazin darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.